

Werbefahrt für Nehmerkantone

Beim nationalen Finanzausgleich werden Milliarden umverteilt: stur und ohne positive Anreize für sparsame Kantone. Das wird sich nicht ändern, solange eine Mehrheit profitiert. Dabei würde Schwyz über ein innerkantoniales Ausgleichssystem mit Modellcharakter verfügen. *Von Peter Keller*

Es war ein Rundgang der besonderen Art: Im Mai 2013 organisierte die Berner Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) eine Sightseeing-Tour durch ihren Kanton. Mit dabei waren Simons Amtskollegen aus Zug, Peter Hegglin (CVP), und Schwyz, Kaspar Michel (FDP). Ziel der Werbefahrt: mehr Verständnis für die schwierige geografische und ökonomische Situation Berns zu erreichen. Man besuchte abgelegene Bergbauerngebiete und das landschaftlich reizvolle, aber wirtschaftlich kaum entwickelte Emmental. Selbst im Seeland, so die *Berner Zeitung*, die den Besuch begleitet hatte, fände sich zwar eine gewichtige, aber «relativ wertschöpfungsschwache Industrierealität». Die gut 1,2 Milliarden Franken aus dem nationalen Finanzausgleich (NFA), so die Hauptbotschaft an die anwesenden Zahlerkantone, hätten also durchaus ihre Berechtigung.

Die Einladung hatte auch eine präventive Absicht, schliesslich sollte 2014 der erste Wirksamkeitsbericht des Bundes vorgelegt werden, worin der seit sechs Jahren in Kraft gesetzte Finanzausgleich überprüft werden sollte. Mit Hinweis auf diese Auslegeordnung wurden alle bisherigen politischen Vorstösse abgewimmelt, die Änderungen am NFA forderten. So wollte beispielsweise der Kanton Schwyz in einer Standesinitiative die Einrichtung einer neutralen Zone: dass nur etwa jenes Drittel der wirklich finanzschwachen Kantone in den Genuss von Transferleistungen käme, während das Mittelfeld von Aargau bis St. Gallen nicht auch noch ein paar Millionen einsacken sollte, obwohl es diese nicht wirklich benötigt.

Frust macht sich breit

Der Schwyzer Vorstoss fand ebensowenig eine Mehrheit im Parlament wie andere. Sämtliche Interpellationen, Initiativen und Motionen scheiterten verlässlich an der Mauer der profitierenden Mehrheit: Den neun Geberkantonen stehen siebzehn Nettoempfänger gegenüber. Im gleichen Verhältnis endeten in der Regel die Abstimmungen über die Vorstösse zum NFA.

Inzwischen liegt der Wirksamkeitsbericht vor und sorgt bei den Geberkantonen für Ernüchterung. Praktisch keines ihrer Anliegen wurde berücksichtigt. Der Kanton Zürich kritisiert, der Bund habe die Chance verpasst, «das System grundlegend zu verbessern», indem etwa die Mittel zielgerichteter zugunsten der ressourcenschwächsten Kantone eingesetzt würden. Was insbesondere den Zen-

tralschweizer Nettozahlern zu schaffen macht, ist die sogenannte Solidarhaftung: Fällt einer der finanzstarken Geberkantone zurück, müssen die anderen den Fehlbetrag ausgleichen. Genau das traf nach der Finanzkrise zu, als es in Zürich zu massiven Steuerausfällen kam. Da es sich hierbei um einen bevölkerungsreichen Kanton handelt, mussten die kleineren Kantone einen relativ hohen Gesamtbetrag ausgleichen. Für Nidwalden bedeutete dies eine Steigerung von 13,8 Millionen (2008) auf 20,8 Millionen (2015) Franken. Zug muss

nächstes Jahr 316,6 Millionen Franken einzahlen, gegenüber 180,2 Millionen im 2008.

Entsprechend klar fällt die Ablehnung der Geberkantone aus, wenn es um die Beurteilung des Wirksamkeitsberichts geht. Der Schwyzer Regierungsrat ist mit dem Resultat «unzufrieden». Veränderungswille sei nur marginal erkennbar, erklärt Finanzdirektor Kaspar Michel auf Nachfrage. Vorschläge für eine Verbesserung des NFA seien abgelehnt worden. Frust macht sich breit: Der Hinweis des Bundes, die offensichtliche Problematik

STEUERFÜSSE KANTON SCHWYZ

Sämtliche Gemeinden konnten ihre Steuerfüsse senken.

Gemeinde	2001	2014	Veränderung
Schwyz	245	215	-30
Arth	310	230	-80
Ingenbohl	295	230	-65
Muotathal	310	205	-105
Steinen	310	240	-70
Sattel	320	210	-110
Rothenthurm	310	240	-70
Oberiberg	320	210	-110
Unteriberg	320	220	-100
Lauerz	320	200	-120
Steinerberg	320	200	-120
Morschach	320	240	-80
Alpthal	320	195	-125
Illgau	320	235	-85
Riemenstalden	320	180	-140
Gersau	310	210	-100
Lachen	215	155	-60
Altendorf	255	150	-105
Galgenen	295	205	-90
Vorderthal	320	170	-150
Innerthal	320	180	-140
Schübelbach	310	215	-95
Tuggen	265	220	-45
Wangen	285	210	-75
Reichenburg	310	235	-75
Einsiedeln	310	250	-60
Küssnacht	250	165	-85
Wollerau	125	75	-50
Freienbach	65	95	30
Feusisberg	125	85	-40

NETTO-AUSGLEICHSAUHLUNGEN NFA

Eine Mehrheit der Kantone profitiert vom NFA.

Kt.	2008	2015	
	Total Zahlungen netto, in tausend Franken	Fr. pro Einwohner	
ZH	433 276	417 028	302
BE	-881 002	-1 233 416	-1 253
LU	-328 655	-332 157	-883
UR	-74 258	-86 438	-2 463
SZ	44 728	161 559	1 108
OW	-62 475	-30 014	-849
NW	13 836	20 755	511
GL	-62 418	-73 296	-1 892
ZG	180 239	316 613	2 806
FR	-380 835	-417 111	-1 496
SO	-214 781	-227 333	-894
BS	69 685	92 082	481
BL	19 317	4 948	18
SH	-12 616	2 150	28
AR	-59 436	-47 195	-892
AI	-17 988	-18 103	-1 153
SG	-284 861	-405 474	-847
GR	-244 429	-275 687	-1 398
AG	-129 709	-180 360	-297
TG	-236 745	-237 761	-960
TI	-36 495	-34 909	-104
VD	13 106	22 576	32
VS	-445 132	-559 691	-1 792
NE	-147 851	-207 280	-1 200
GE	236 128	256 029	558
JU	-115 131	-165 698	-2 388
Total	-2 724 503	-3 238 182	-410



«Hinhaltetaktik»: Finanzdirektor Michel.

der «Solidarhaftung» in einem nächsten Wirksamkeitsbericht anzugehen, sei «Teil der bekannten Hinhaltetaktik», so Michel.

Was heisst das für den Kanton Schwyz, wenn der NFA mehr oder weniger so weitergeht wie bisher?

Kaspar Michel: Der Kanton Schwyz hat bei der Verfassungsabstimmung von 2004 davon ausgehen können, dass ihn dieser Solidaritätsbeitrag rund 30 Millionen kosten wird. Die erste Rechnung 2008 betrug 44,7 Millionen, im 2015 werden wir 161,5 einzahlen müssen. Diese zünftige Steigerung hat unser Budget regelrecht gesprengt und uns –nach Jahren ausgeglichener Rechnungen – ein Defizit in der Höhe des NFA-Beitrages beschert.

Werden Sie die Steuern erhöhen müssen?

Ja, gezwungenermassen, damit wir schlicht und einfach die NFA-Rechnung bezahlen können. All die anderen Aufwandsteigerungen, vor allem aufgrund bundesrechtlich gebundener Kosten, zum Beispiel im Gesundheitswesen, müssen wir ja auch noch stemmen. Zugegeben: Wir erhöhen die Steuern von einem sehr attraktiven Niveau aus. Es ist aber bedauerlich, dass die Verringerung der Steuerdisparität so vor sich geht, dass kräftige, solidarische und attraktive Kantone ihre Steuern erhöhen müssen, anstatt dass mit den Zuwendungen aus dem NFA Massnahmen gefördert würden, welche die Steuerkraft der Nehmerkantone erhöhen. Das würde das gesamte System entlasten, und man könnte den Ausgleichstopf endlich verkleinern.

Der Kanton Bern hat Sie und Ihren Zuger Kollegen 2013 eingeladen, um für Verständ-

nis zu werben. Hat Sie dieser Besuch überzeugt?

Ich musste nicht davon überzeugt werden, dass der Kanton Bern komplizierte Strukturen, topografische Herausforderungen und weitere Begebenheiten hat, die sicher kostenintensiv sind. Aber in reduzierter Form haben auch andere Kantone, auch Schwyz, solche Schwierigkeiten. Das Muotatal, der Ybrig oder das Wägital sind auch nicht privilegiert. Wir haben auch grosse Lasten, die wir bezahlen müssen. Die Bundesgesetze und deren Kosten und Vorschriften gelten in Bern genauso wie in Schwyz.

Wo liegen also die tieferen Gründe für die Unterschiede?

Interessant wird es, wenn man das staatliche Leistungsangebot vergleicht. Da steht mein Kanton eben sehr bescheiden da: Gemäss BAK-Studie auf dem Niveau von 96 Prozent gegenüber dem Durchschnitt aller Kantone. Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und ein starkes Steuersubstrat sind Garanten der finanzpolitischen Solidität. Das kann man überall erreichen – wenn man will und politisch die entsprechenden Mehrheiten findet. Jedenfalls weise ich Vorwürfe zurück, die sagen, Schwyz sei unsolidarisch: Wir zahlen über 40 Prozent unserer kantonalen Steuereinnahmen in den NFA. Und wir müssen die Steuern erhöhen wegen des NFA. Das ist mehr als solidarisch!

Der NFA hat Konstruktionsmängel. Es gibt keine Anreize dafür, dass Kantone ihre Finanzkraft verbessern. Der Topf steht bereit, und er ist reichlich gefüllt. Die Gesamtsumme, die verteilt wird, ist in den letzten Jahren sogar gestiegen und wird bald fünf Milliarden Franken betragen. Die mathematische Grundformel ist nicht ohne Perfidie ausgestaltet: Ziel des NFA ist es, dass jeder Kanton auf mindestens 85 Prozent der durchschnittlichen Ressourcen aller Kantone kommt. Da könnte sich theoretisch über Nacht die Finanzkraft verdoppeln, es blie-

«Was wir erreicht haben, kann man überall erreichen – wenn man will.»

ben im Vergleich trotzdem gleich viele Kantone unter 85 Prozent – und gälten als «arm».

Kaspar Michel kritisiert die Höhe der Summe. Es sei fragwürdig, so viele Milliarden umzuverteilen und letztlich an die «Konsumationskosten» der Nehmer zu zahlen. Sein Kanton zeigt, dass durchaus andere Mechanismen denkbar wären. So ist der Finanzausgleich nicht über mehrere Jahre starr fixiert, sondern er wird jährlich angepasst – in Absprache mit den betroffenen Gebergemeinden. Die neutrale Zone, wie sie der Kanton in einer Standesinitiative für den NFA verlangt hat, existiert eben-

falls. Zudem gibt es ein sogenanntes Normkostenmodell: Dieses zeigt auf, ob eine Gemeinde wirtschaftlich arbeitet, was sich positiv oder eben negativ auf die Berechnung auswirkt. Für Härtefälle, eine Berggemeinde wie Riemenstalden kann nie mit einer Seegemeinde wie Freienbach mithalten, stehen Zusatzbeiträge bereit. Trotz oder gerade dieser Einschränkungen wegen haben sich die Gemeinden insgesamt positiv entwickelt (siehe Tabelle).

Dass sich am NFA-System etwas grundsätzlich ändern wird, ist allerdings wenig wahrscheinlich, solange eine satte Mehrheit der Kantone profitiert. Auch aus den Vernehmlassungen der bürgerlichen Parteien kommt kaum Gegenwind, was wohl auch mit der Herkunft der Leader zu tun hat. Ohne Ausnahme rekrutiert sich das Führungspersonal aus Nehmerkantonen (Zahlen für 2015): SVP-Präsident Toni Brunner (St. Gallen, 405 Mio.), SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz (Bern, 1233 Mio.), FDP-Präsident Philipp Müller (Aargau, 180 Mio.), FDP-Fraktionschefin Gabi Huber (Uri, 86 Mio.), CVP-Präsident Christophe Darbellay (Wallis, 559 Mio.), CVP-Fraktionschef Filippo Lombardi (Tessin, 34 Mio.). Und sollte jemand aus dieser Riege trotzdem die Ordnungspolitik voranstellen, wacht immer noch die oberste Finanzchefin der Eidgenossenschaft darüber, dass die NFA-Milliarden fließen: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aus Graubünden. Ihr Kanton wird 2015 rund 275 Millionen Franken kassieren. ○



**Universität
Zürich^{UZH}**

Advanced Studies in Applied Ethics

Ethik – zentral zur Schärfung Ihres Profils!

Im Februar 2015 starten erneut unsere 1-3jährigen berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengänge:

- Master of Advanced Studies in Applied Ethics
4 Semester (Februar 2015 bis Januar 2017)
- Diploma of Advanced Studies in Applied Ethics
3 Semester (Februar 2015 bis Oktober 2016)
- Certificate of Advanced Studies in Biomedical Ethics
2 Semester (Februar 2015 bis Oktober 2015)

Die Studiengänge vermitteln fundierte Kenntnisse in den Fragestellungen, Methoden und Positionen der Angewandten Ethik und vertiefen diese Kompetenzen zu einer eigenständigen Analyse und Beurteilung ethischer Herausforderungen.

Weitere Informationen und Anmeldung zum gesamten Angebot unter:

www.asae.uzh.ch